

Rede von DGB-Regionssekretär Horst Raupp auf der 1. Mai-Kundgebung des DGB Rüsselsheim auf dem Löwenplatz

(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

GeMAInsam Zukunft gestalten“ - das ist das Motto des diesjährigen 1. Mai.

Wir gehen heute auf die Straße, um am Tag der Arbeit gemeinsam ein sichtbares Zeichen zu setzen:

- Für Frieden und Demokratie,
- Für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit,
- Für aktiven Klimaschutz,
- Für ein soziales und solidarisches Europa,
- Für internationale Solidarität,
- Gegen Rassismus und rechte Hetze
- Für ein gutes Leben für alle Menschen.

Der Tag der Arbeit ist ein Tag der Solidarität.

Unsere Solidarität gehört in diesem Jahr auch und gerade den Menschen in der Ukraine.

Am 24. Februar hat die russische Armee die Ukraine überfallen.

Seit dem werden Städte und Dörfer, Krankenhäuser, Kitas und Schulen bombardiert und beschossen, unbewaffnete Menschen werden ermordet.

Der brutale, verbrecherische Angriffskrieg des Putin-Regimes zieht eine breite blutige Spur durch die Ukraine.

Millionen von Menschen sind auf der Flucht - vor Bomben, Panzern und Raketen.

Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen.

Putin und sein Regime sind voll verantwortlich

- für die Toten,
- für das unendliche Leid und
- die massiven Zerstörungen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen den brutalen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Putin-Regierung auf das Schärfste!

Der furchtbare Krieg und das Morden müssen beendet werden -
und zwar sofort!

Zugleich muss alles getan werden, damit sich der Krieg in der Ukraine nicht zu einem unkontrollierbaren Flächenbrand ausweitet.

Die Menschen in der Ukraine, die Menschen, die vor dem Krieg flüchten, haben Anspruch auf unsere Solidarität und umfassende humanitäre Hilfe.

Unsere Solidarität gilt auch der Friedensbewegung in Russland - all den Menschen, die in Dutzenden von Städten trotz der brutalen Repression des Regimes mit großem persönlichem Mut gegen Putins Krieg auf die Straße gehen.

Jeder Krieg ist ein Verbrechen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Gewerkschaften sind ein wichtiger Teil der Friedensbewegung.

Wir wollen nicht, dass militärisches Denken und Handeln unsere Zukunft bestimmt. Die Antwort auf die russische Aggression darf kein neuer Rüstungswettlauf sein.

Die Bundesregierung hat ein milliardenschweres Rüstungs-Programm angekündigt.

Deutschland soll zukünftig zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung für die Verteidigung ausgeben. Zudem will die Ampel-Regierung ein „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr einrichten.

Seit Jahren werden dringend notwendige Investitionen für Bildung, Gesundheit oder Klimaschutz unter Hinweis auf fehlende Mittel oder die Schuldenbremse verweigert.

Jetzt werden in kürzester Zeit riesige Milliardenbeträge für Kriegsgerät zur Verfügung gestellt.

Sicher: Eine Verteidigungsarmee muss ihre Aufgaben erfüllen können. Deshalb sagt der DGB Ja zu einer besseren Ausrüstung der Bundeswehr. Denn niemand weiß, wie weit Putin seine Großmachtpläne vorantreiben will.

Aber wir sagen NEIN zur Aufrüstung!

Und zwar nicht nur, weil wir dieses Geld dringender brauchen, für einen starken Sozialstaat und für den Kampf gegen den Klimawandel.

Sondern vor allem auch, weil wir keinen neuen Rüstungswettlauf wollen.

Wir wollen Abrüstung, insbesondere atomare Abrüstung.

Wir wollen Sicherheit und Frieden.

Wir wollen eine Welt mit weniger Waffen.

Deutschland hat bereits heute den sechsthöchsten Rüstungshaushalt der Welt.

Mit der Erhöhung der Militärausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung hätte Deutschland sogar den dritthöchsten Militärhaushalt der Welt.

Die Bundeswehr hat nicht in erster Linie ein finanzielles Problem, sie hat ein massives Strukturproblem.

Über lange Jahre hinweg war das Verteidigungsministerium fest in den Händen von CDU und CSU. In dieser Zeit sind ganze Heerscharen von hoch bezahlten Unternehmensberater*innen in das Verteidigungsministerium eingezogen.

Das Ergebnis: Enorme Kosten - bezahlt von den Steuerzahler*innen - und teure, ineffiziente Strukturen.

Weltweit wurde noch nie so viel Geld für Waffen und Militär ausgegeben wie heute.

Es ist unverantwortlich, die ohnehin absurd hohen Rüstungsausgaben in immer neue Höhen zu schrauben und das Wettrüsten weiter anzuheizen.

Stattdessen brauchen wir dringend massive Investitionen in gute Bildung, in ein leistungsfähiges öffentliches Gesundheitswesen, in Klimaschutz, in die soziale und öffentliche Infrastruktur und in bezahlbares Wohnen.

Dafür brauchen wir unser Steuergeld, liebe Kolleginnen und Kollegen, und nicht für neue Panzer und Kampfflugzeuge!

Auch in Deutschland stehen völlig andere Aufgaben auf der Tagesordnung als der Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee!

Der Krieg in der Ukraine zeigt auch, wie dringend die fatale Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wie Öl und Gas beendet werden muss.

Um uns von autoritären Regimen wie Russland, Katar und Saudi-Arabien unabhängig zu machen, muss das Tempo für den Ausbau erneuerbarer Energien deutlich erhöht werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der Krieg in der Ukraine hat Auswirkungen in der ganzen Welt, vor allem für die Menschen im globalen Süden.

Die Ukraine und Russland sind wichtige Exportländer für Weizen und Mais.

Allein seit Beginn des Krieges sind die Preise für Getreide um 40 Prozent gestiegen.

Vor allem in den ärmsten Ländern steigen die Preise für Grundnahrungsmittel massiv an.

Putins Krieg in der Ukraine verschärft die Hungerkrise in Afrika und anderen Teilen der Welt.

Auch hierzulande steigen die Preise. Der Krieg und die Nachwirkungen der Pandemie haben unser Leben deutlich verteuert.

Die Energiepreise sind durch die Decke gegangen.

Die steigenden Kosten für Heizung, Strom und Benzin belasten vor allem kleine und mittlere Einkommen massiv.

Und auch der Einkauf im Supermarkt wird immer teurer.

Die Bundesregierung hat zwei Entlastungspakete geschnürt, vor allem für finanzschwächere Haushalte. Sie greift damit Forderungen auch der Gewerkschaften auf.

Aber zur Wahrheit gehört leider auch: Die Entlastungspakete werden nicht verhindern, dass die Armut in diesem Land weiter zunimmt.

Die Bundesregierung muss rasch wirksame Maßnahmen gegen profitgetriebene Spekulation und Preistreiberei bei Energie, Rohstoffen und Lebensmitteln auf den Weg bringen - auch mit den Mitteln des Kartellrechts.

Wo Marktmacht missbraucht wird und Konzerne enorme Krisengewinne einfahren, muss die Politik eingreifen, um die Bürgerinnen und Bürger vor Abzocke zu schützen.

Das beste Rezept gegen steigende Lebenshaltungskosten sind kräftige Lohnzuwächse.

Die Gewerkschaften verhandeln dieses Jahr Tarifverträge für knapp zehn Millionen Beschäftigte. Aktuell im Sozial- und Erziehungswesen. In nächster Zeit stehen auch Tarifverhandlungen bei der Telekom, in der Metall- und Elektroindustrie, im öffentlichen Dienst und bei der Post an.

Unser Ziel ist und bleibt ein kräftiges Plus.

Am 1. Oktober wird der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde erhöht. Das stabilisiert die Tariflöhne von unten. Die Bundesregierung hat es auf den Weg gebracht.

Das ist ein großer Erfolg auch für uns Gewerkschaften!

Von der Erhöhung des Mindestlohns profitieren viele Millionen Beschäftigte!

Wir sagen aber sehr deutlich: Wichtiger als der Mindestlohn sind gute Tariflöhne!

Wahr ist aber leider auch: Unsere Tarifverträge erreichen immer weniger Beschäftigte.

Seit Jahren drücken sich immer mehr Arbeitgeber vor der Tarifbindung - übrigens auch im öffentlichen Dienst.

Deshalb setzen wir uns aktiv für eine Ausweitung der Tarifbindung ein.

Wir kämpfen für gute Flächentarifverträge und gute Löhne in allen Branchen - in der Pflege, in den Kitas, in der Gastronomie, im Reinigungsgewerbe - in allen Branchen!

Die Beschäftigten haben es im wahrsten Sinnen des Wortes verdient, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das alles geht nur mit mitgliederstarken Gewerkschaften.

Nur gemeinsam und solidarisch können die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgreich für ein gutes Leben und für eine bessere Zukunft kämpfen.

Um das zu unterstreichen, habe ich für euch eine Anekdote aus dem Kreis Groß-Gerau mitgebracht aus dem Jahr 2022:

Die Firma Integrated Dynamics Engineering GmbH (IDE) in Raunheim, ein Hersteller von Elektrotechnik für die Chip-Produktion, ist ein Betrieb, der gerade von der IG Metall organisiert wird.

Die Firma verdient richtig viel Geld.

Die Kolleg*innen sind schwer am Tarifvertrag interessiert, da die Vergütung dort sehr schlecht ist.

Der Arbeitgeber hat auf die Präsenz der IG Metall reagiert und die roten IG Metall-Tassen im Betrieb verboten mit der Begründung, es wäre ein Risiko für die Arbeitssicherheit, wenn die Flüssigkeit in den Tassen verschüttet würde oder Fremdflüssigkeit wie Klebstoffe in die

Tassen gelangen würden. Daraufhin haben unsere pfiffigen Kolleg*innen die Tassen einfach zu Stifthaltern umfunktioniert.

Der Betriebsbetreuer der IG Metall, unser Kollege Michael Pietsch, hat auf der Betriebsversammlung eine weiße Tasse der IG Metall mitgebracht und dem Arbeitgeber nochmal verständlich gemacht, dass wir auch jegliche andere Farbe produzieren können, wenn ihn das Rot so sehr stört. Auf der weißen Tasse findet sich natürlich auch das Logo der IG Metall - selbstverständlich in Rot.

Der gewerkschaftliche Druck hat bereits zu deutlichen Lohnerhöhungen im Betrieb geführt:

Elf Prozent mehr für die Facharbeiter*innen plus eine Einmalzahlung von 2.000 Euro.

Das ist ein toller Erfolg der IG Metall!

Das zeigt:

Gemeinsam und solidarisch können wir es rocken!

Die IG Metall bleibt dran, das Ziel ist die Durchsetzung der Tarifbindung!

Wir wünschen unseren Kolleginnen und Kollegen bei IDE und in allen Betrieben und Einrichtungen, die für Tarifbindung und für gute Tarifverträge kämpfen, vollen Erfolg!

Wir brauchen aber auch die Unterstützung der Politik.

Die Politik hat eine Vorbildfunktion für gute Arbeit.

Die Politik muss dafür sorgen, dass die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen deutlich erleichtert wird.

Und sie muss dafür sorgen, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen verbindlich an Tarifverträge und an soziale und ökologische Standards gekoppelt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der globale Kapitalismus kennt nur wenige Gewinner, aber viele Verlierer.

Gigantischem Reichtum steht extreme Armut gegenüber.

Die Corona-Pandemie hat die extreme Ungleichheit nochmals dramatisch verschärft.

Noch nie in der Geschichte der Menschheit besaßen so wenige so viel.

Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt mehr als die übrigen 99 Prozent zusammengenommen.

Die reichsten 8 Menschen besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit.

Das heißt: 8 Superreiche, die zusammen locker in einen Kleinbus passen würden, besitzen so viel wie 3,8 Milliarden Menschen!

Verglichen damit waren die sozialen Verhältnisse vor der Französischen Revolution geradezu sozialistisch!

Auch in Deutschland betrifft die Krise vor allem jene besonders hart, die schon vorher wenig hatten.

Gleichzeitig werden die Reichen und Superreichen immer reicher.

Seit 2018 sind die Vermögen der deutschen Milliardäre um ein volles Fünftel gewachsen.

Gleichzeitig leben immer mehr Menschen in Armut oder sind von Armut bedroht.

Fast drei Millionen Kinder wachsen in Armut auf.

Armut und insbesondere Kinderarmut ist eine Schande für dieses reiche Land, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Von der Steuerpolitik der letzten Jahrzehnte haben vor allem die oberen zehn Prozent profitiert.

Milliardenschwere Steuergeschenke an Unternehmen und Vermögende haben riesige Löcher in die öffentlichen Haushalte gerissen.

Viele Großkonzerne zahlen kaum noch Steuern, obwohl sie riesige Gewinne erzielen.

Durch Steuerflucht und Steuerhinterziehung gingen allein Deutschland in den letzten zehn Jahren etwa 300 Milliarden Euro an Steuereinnahmen verloren.

Dieses Geld fehlt dort, wo es dringend gebraucht wird: in den Kitas, in der Bildung, im Gesundheitswesen, für den Klimaschutz, für den Bau bezahlbarer Wohnungen, für die Bekämpfung von Armut, für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur.

Die Folgen sind: ein gigantischer Investitionsstau, abgemagerte Bildung, ein chronisch unterfinanziertes Gesundheitswesen, ein ausgedünnter öffentlicher Dienst und eine Polizei, die zunehmend auf Verschleiß gefahren wird.

Gleichzeitig hat sich die Steuer- und Abgabenlast massiv zu Lasten der Arbeitnehmer*innen verschoben.

Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen - sie ist das Produkt der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte.

Und diese Entwicklung ist schon gar nicht "alternativlos", liebe Kolleginnen und Kollegen!

Geld ist in diesem reichen Land genug da - mehr als jemals vor.

Aber die Verteilung stimmt nicht!

Und genau hier muss angesetzt werden!

Superreiche, große Konzerne, reiche Erbschaften und Spekulationsgewinne müssen endlich angemessen besteuert werden!

Nur so können der Bund, die Länder und auch die Städte und Gemeinden im Kreis Groß-Gerau die Auswirkungen der Corona-Pandemie stemmen und zugleich in wichtige Zukunftsaufgaben investieren.

Steuern sind zum Steuern da, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die jahrzehntelange Umverteilung von unten nach oben muss endlich gestoppt und umgekehrt werden!

Das Geld muss dort abgeholt werden, wo es im Überfluss vorhanden ist, sinnlos rumliegt oder hinterzogen wird!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gute Arbeit, Verteilungs- und Steuergerechtigkeit sind kein Luxus, sondern das Fundament unserer Demokratie!

Für die Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit und für den Erfolg der notwendigen sozial-ökologischen Transformation sind organisierte Solidarität, mitgliederstarke Gewerkschaften und breite gesellschaftliche Bündnisse wichtiger denn je!

Aktiver Klimaschutz, gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen.

Wir setzen uns für ein soziales und solidarisches Europa ein.

Dazu gehört ein europäisches Zukunftsinvestitionsprogramm, das Reichtum umverteilt, wichtige Zukunftsinvestitionen ermöglicht und tariflich entlohnte Dauerarbeitsplätze schafft.

Ein soziales Europa kann nur ein antifaschistisches Europa sein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir verteidigen die europäische Idee, die Menschenwürde und die Demokratie entschieden gegen den Angriff von rechts.

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus ist und bleibt eine zentrale gewerkschaftliche Kernaufgabe!

Der 8. Mai ist der Jahrestag der Befreiung vom Faschismus.

An diesem Tag führt der DGB Südhessen zusammen mit den Kolleg*innen unserer französischen Partnergewerkschaft CGT Grand Est, der VVN und dem DGB Nordbaden eine gemeinsame antifaschistische Kundgebung in Heidelberg durch.

Mit dieser Kundgebung unterstützen wir die Forderung des DGB, dass der 8. Mai endlich auch in Deutschland gesetzlicher Feiertag wird.

Das wäre ein klares und wichtiges politisches Signal im Kampf gegen rechts!

Der Globalisierung des Kapitals setzen wir die Globalisierung der gewerkschaftlichen Solidarität entgegen.

Gemeinsam mit den Schwestergewerkschaften weltweit setzen wir uns aktiv für ein Wirtschaftssystem ein, in dem der Mensch und nicht der Markt im Mittelpunkt steht.

Mensch und Umwelt müssen Vorrang haben vor den Kapital- und Profitinteressen.

Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen und nicht umgekehrt!

Der Mensch und die Umwelt sind wichtiger als der Geldsack!

Gemeinsam Zukunft gestalten - sozial, ökologisch, demokratisch und solidarisch.

Das ist unser Motto. Das ist unser Auftrag.

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Glück auf!